



WWW.BILDUNGSSTREIK2009-FREIBURG.DE

# BILDUNGSSTREIK

# 2009

## EDITORIAL

**Bildungsstreik 2009** – das ist der Titel der bundesweiten Aktionswoche vom 15. bis 19. Juni. In dieser Woche soll in ganz Deutschland der desolate Zustand des Bildungssystems öffentlich gemacht und Diskurse eröffnet werden. In anderen europäischen Ländern lehnt sich die Jugend bereits auf: Gegen Leistungsdruck, Konkurrenz, Überlastung, Perspektivlosigkeit und die Verweigerung demokratischer Teilhabe. In dieser Zeitung sind verschiedene Beiträge von den Gruppen, die sich im Freiburger Bildungsstreikbündnis zusammengefunden haben gesammelt. Unter anderem werden einige wichtige Kritikpunkte näher ausgeführt und konkrete Probleme in Freiburg angesprochen. Aber es gibt auch einzelne positive Beispiele und

ermutigende Nachrichten aus den Ländern Südeuropas, wo sich gerade neue Jugend- und Studierendenbewegungen formieren und gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen massiven Druck ausüben. Angesichts der Weltwirtschaftskrise wird die Ausweglosigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung offenbar. Wenn wir in dieser Situation die Fragen „Wie wollen wir leben, arbeiten, studieren?“ nicht selber beantworten, werden es andere für uns tun.

Eure Redaktion

Bildungsgebühren  
Leistungsdruck  
Privatisierung  
Mundtot  
Anwesenheitspflicht

S. 2: Reformen = Lobbyarbeit  
S. 4/5: Bildungsproteste International  
S. 8: Repressionen beim Bildungsprotest



## BUNDESWEITER AUFRUF: BILDUNGSSTREIK 2009

Die derzeitigen Zustände und Entwicklungen im Bildungssystem sind nicht weiter hinnehmbar! Weltweit sind Umstrukturierungen aller Lebensbereiche nicht mehr gemeinwohlorientiert, sondern den sogenannten Gesetzen des Marktes unterworfen. Seit ein paar Jahren ist auch das Bildungssystem in den Fokus solcher "Reformen" geraten: Bildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle!

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich, dass die Auswirkungen wettbewerbsorientierter Entscheidungskriterien verheerend sind. In vielen Ländern protestieren Menschen dagegen, so z.B. in Mexiko, Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland. In diesem internationalen Zusammenhang steht der Bildungsstreik 2009.

Der anhaltende Protest gegen Studiengebühren und Sozialabbau in den letzten Jahren hat bei den Verantwortlichen in Medien, Wirtschaft und Politik zu wenig Wirkung gezeigt. Deswegen rufen wir nun dazu auf, unsere demokratischen Rechte in Form eines bundesweiten Bildungsstreiks wahrzunehmen. Hier werden pluralistische Aktionsformen (Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen etc.) ihren Platz finden.

Während einer bundesweiten Aktionswoche vom 15.-19.06.2009 werden wir gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern im gesamten Bundesgebiet demonstrieren. Wir suchen das Bündnis mit vielen gesellschaftlichen Gruppen, wie Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die wir ausdrücklich einladen, mit uns zu protestieren, denn wir sind überall mit der gleichen Politik konfrontiert: An der Hochschule, in den Schulen und im Betrieb.

### WIR BRAUCHEN EINE DISKUSSION ZUR ZUKUNFT DES BILDUNGSSYSTEMS, ...

Ziel des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. Des Weiteren sollen Möglichkeiten einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik aufgezeigt und durchgesetzt werden. Dem Einfluss der maßgeblichen politischen und ökonomischen Interessen im Bildungsbereich setzen wir unsere Alternativen entgegen:

- selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck,
- freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren,
- öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe
- und Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Wir, die Projektgruppe Bildungsstreik 2009, rufen zur Bildung regionaler und lokaler Bündnisse auf. Bringt Euch in unsere bundesweiten Planungen ein: Ein anderes Bildungssystem ist möglich – und dringend nötig!

Projektgruppe Bildungsstreik 2009

„Wer sich nicht mit Politik befasst, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei.“

Max Frisch

## ELTERN UNTERSTÜTZEN BILDUNGSSTREIK

### WIR ELTERN SIND IN GROSSER SORGE UM UNSERE KINDER UND IHRE ZUKUNFT.

Das mehrgliedrige Schulsystem bedeutet Leistungs-, Noten- und Konkurrenzdruck von der Grundschule an. Klassengrößen von 30 und mehr Schülern erzeugen ein Klima der Anonymität und das Gefühl von Überflüssigkeit des Einzelnen. Zwischen LehrerInnen und SchülerInnen kann keine persönliche und dem Lernen und Leben förderliche Beziehung entstehen. Angst, Neid, Mobbing sind die Folgen. Und selbst die Beziehung von Eltern und Kindern bzw. das Familienklima leidet durch die Schule. Schlechte Noten führen zu

Demotivation, zur Blockade- oder sogar zur Verweigerungshaltung. Lernen in Bewegung wird durch stundenlanges Stillsitzen und erzwungene Konzentration im Frontalunterricht verhindert. Kinder, die das stundenlange Stillsitzen nicht aushalten, werden diszipliniert oder sogar für krank erklärt.

Wenn Kinder in der Schule nicht respektvoll behandelt werden, wenn nur Noten zählen und es an Anerkennung ihrer Persönlichkeit fehlt, dann leidet das Selbstwertgefühl. Und Gewaltausbrüche von SchülerInnen – welche Form sie auch immer annehmen – haben mit einem stark angeschlagenen Selbstwertgefühl, mit Versagensgefühlen zu tun. In den letzten Jahren wurden Selektion und Leistungsdruck im Bildungssystem enorm verschärft: G8, Studiengebühren, Verschulung

des Studiums durch Bachelor/Master. Es fehlen Hunderttausende von Lehrstellen. Hauptschüler haben so gut wie keine Chance mehr auf einen Ausbildungsplatz. Die Tatsache, dass in Deutschland jedes Jahr 70.000 Schülerinnen und Schüler – das ist jede/r fünfte – die Schule ohne Abschluss verlassen, ist ein Armutszeugnis für unser selektives Schulsystem.

Unsere Kinder drohen zu einer Generation ohne Zukunft zu werden. Hunderte von Milliarden Steuergelder werden aufgebracht, um die Spekulationsverluste der Banken zu begleichen, aber für dringend nötige Bildungsinvestitionen ist angeblich kein Geld da.

> weiter auf Seite 6

# WER MACHT DIE REFORMEN?

## Die Reform der Hochschullandschaft: Lobbyarbeit des CHE

Die Hochschullandschaft wird reformiert – schon seit mindestens fünfzig Jahren. Dabei ging der Wille zu neuen Reformen von verschiedenen Gruppierungen aus. Waren es in den 68ern die Studierenden, die den „Muff von 1000 Jahren“ bemängelten, sind es jetzt die Forderungen des CHEs (Centrum für Hochschulentwicklung) die den Umbau der Hochschulen maßgeblich beeinflussen. Das CHE wurde 1994 auf Initiative der Hochschulrektorenkonferenz und der Bertelsmann-Stiftung gegründet. Hinter letzterer stecken mehr als nur die roten Buchshops, die in keiner deutschen Einkaufszone fehlen dürfen. Es ist die Bertelsmann AG und zu diesem Konzern gehören unter anderem der größte europäische Zeitschriftenverlag Gruner + Jahr, bekannt durch Stern und Brigitte, die RTL-Group und zur Hälfte ebenso die Sony BMG Music Entertainment. Die Motivation des CHE basiert auf der „Überzeugung, dass Wettbewerb“ und „die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ die wichtigsten Merkmale sind und deshalb ein politisches Ziel die „entfesselte“, „unternehmerische Hochschule“ ist.

### DAS CHE-KONZEPT

Das CHE erarbeitet Konzepte zur Reform der Hochschulen, wirkt als Projektpartner für diese und auch für die zuständigen Ministerien und bietet Fortbildungsprogramme an. Wie alle Thinktanks, die durch die Bertelsmann-Stiftung finanziert werden, charakterisiert sich das CHE selbst als „weisungsfrei“ und „unabhängig“. Dabei bedeutet „unabhängig“ allerdings keineswegs meinungslos, das CHE hat selbst ein Konzept mit einer einfachen Grundidee: Die Hochschulen seien eingesperrt und in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt, meint es und schreit nach

mehr Freiheit für die Hochschulen. „Freiheit“ heißt hier vom Staat befreit sein und dafür der „Freiheit des Wettbewerbs“ ausgesetzt werden. Nämlich der Freiheit des Wettbewerbs um die Einwerbung von Drittmitteln und von Studiengebühren. An Geld misst sich künftig also wissenschaftliche Qualität und gute Ausbildung. Man spricht deshalb an den Hochschulen inzwischen über einzelne Fächer als „Cash Cows“ (Fächer, die sich wirtschaftlich lohnen, z.B. Physik, VWL oder Medizin) und „Poor Dogs“ (eher unrentable Fächer wie z.B. Germanistik, Kunstwissenschaften oder Philosophie). Der Freiheitsbegriff in diesem Konzept ist also ein ganz anderer als der im Grundgesetz. Dieses garantiert den Hochschulen eine institutionelle Freiheit in Forschung und Lehre gegenüber dem Staat und der Gesetzgeber hat eine Rechts- und Finanzaufsicht. Darunter fällt zum Beispiel die Freiheit in der Frage, ob eher wirtschaftlich unattraktive Grundlagenforschung betrieben oder prestige- und drittmittelträchtige Projekte gestartet werden sollten. Nach Meinung des CHE eine reformbedürftige Freiheits-Perspektive.

### DIE REFORM

Was hat nun das CHE-Konzept mit der politischen Wirklichkeit zu tun? Professor Dr. Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg verfasste 2003 „17 Thesen zur Hochschulreform“. Es handelt sich um ein Strategiepapier, in dem direkt oder durch Konzepte wie eine „Leistungsfördernde Finanzierung der Hochschulen“ die Idee der „unternehmerische Hochschule“ propagiert wird. Die wichtigste Argumentations-Grundlage sind Studien des Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und häufig werden auch dessen Diskussions- und

Positions-Papiere zitiert. Über gute Kontakte und mit mächtiger Öffentlichkeitsarbeit (nicht zuletzt durch die Bertelsmann-Medien), trägt das CHE also seine Konzepte in die Politik. Die Umsetzung kommt dann mit den Gesetzesänderungen: Mit dem neuen Landeshochschulgesetz wurden 2005 Aufsichtsräte für Hochschulen eingeführt, die laut Gesetz mehrheitlich mit Personen aus Wirtschaft und Politik besetzt sind. In diesen, nun Hochschulräten genannten, Gremien werden seitdem in Zusammenarbeit mit den Hochschulleitungen viele wichtige Entscheidungen getroffen, die früher (halbwegs) demokratisch im Senat der Hochschule beschlossen wurden. Diese neue, schnelle und wenig demokratische Entscheidungsfindung wiederum erleichtert es ungemein, die einzelne Hochschule noch „unternehmerischer“ zu machen, mit dem einzigen Ziel ihre Effizienz im Wettbewerb zu steigern. Dazu braucht man natürlich auch einen Präsidenten oder - wie es im baden-württembergischen Hochschulgesetz konsequenterweise heißt – einen „Vorstandsvorsitzenden“, gegen dessen Stimme keine Entscheidung an der Hochschule getroffen werden kann. Und die Reformen gehen weiter in die selbe Richtung: Mit Studiengebühren und einer sehr wirtschaftlich ausgerichteten Umsetzung der Bachelor und Master-Reformen kommt noch mehr blinder Wettbewerb an die Hochschulen, mit der „Exzellenzinitiative für Forschung“ werden Konzepte belohnt, die besonders viele Drittmittel versprechen... ohne Rücksicht auf die Verluste: nach finanziellen



Kriterien aussortierte Studierende, die unter großem Leistungsdruck versuchen möglichst viel Wissen möglichst unkritisch auswendig zu lernen und anzuwenden. Ist das die Hochschule, die wir haben wollen?

Jannis

# EINFLUSS DES CHE IN FREIBURG

## VON „CHE-CONSULT“ GIBT ES DIE PASSENDE BERATUNG ZU DEN CHE-REFORMEN.

Eine freie, autonome Hochschule. Wer wünscht sich das nicht? Versteht man doch unter Autonomie das Recht, die eigenen Rechtsverhältnisse zu regeln und somit ein Mehr an Selbstständigkeit, Eigenverantwortung, Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit zu erlangen. Doch das Bild bekommt im Zuge einer neuen Hochschulreform Risse. Tiefe Schluchten klaffen zwischen Ansichten der InitiatorInnen und derer, die diesen Prozess mittragen sollen. Tragen ein Teil der Lehrenden und der Studierenden noch den

Selbstverwaltungsgedanken der 70er Jahre vor sich her, agieren Hochschulleitungen, Ministerien und nicht zu vergessen das CHE im Sinne einer neuen autonomen, freien Hochschule – in der Demokratie eine Hürde ist, die überwunden werden sollte.

Am Besten lässt sich das an einem Prozess verdeutlichen, der seit Jahren, explizit aber seit 2006 an der KFH in Freiburg abläuft. Die Träger (Caritasverbände und Diözesen) haben sich dazu entschlossen, die Verwaltungs- und Organisationsstruktur ihrer kleinen Fachhochschule zu ändern um sie effizienter zu gestalten. Unterstützung holten sie sich dabei von einer privaten Beratungsgesellschaft für

Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen, Ministerien und Stiftungen: CHE Consult. (CHE steht für Centrum für Hochschulentwicklung)

Das 1994 von der Hochschulrektorenkonferenz und der Bertelsmannstiftung gegründete Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) basiert auf der „Überzeugung, dass Wettbewerb“ und „die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ die wichtigsten Merkmale sind. Das „Unternehmen“ Hochschule muss seine „Ware“ (Aus- und Weiterbildungs- sowie Forschungsleistungen) auf einem Markt zu „verkaufen“ verstehen. Derartiges Versteifen auf eine sogenannte Wettbewerbsfähigkeit braucht aber eben auch klare, handlungsfähige Leitungsstrukturen und so komme ich wieder auf mein Beispiel der KFH Freiburg zurück.

Vielleicht mögen die Träger obige gesellschaftlich getragener Bilder vor Augen gehabt haben, als sie eine Strukturreform anstießen. Schneller Entscheidungen zu treffen, kann nur von Vorteil sein. Wie so was aussieht, kann man in der Projektbeschreibung des CHE Consult lesen: „Die Rechtsform (der KFH) einer gemeinnützigen GmbH stellt dabei eine besondere Herausforderung dar: Denn eine GmbH benötigt eine Geschäftsführung, deren Befugnisse zwar durch die Gesellschafter und ggf. durch einen Aufsichtsrat, nicht jedoch durch die Mitarbeiter begrenzt werden.“ Nicht durch Mitarbeiter begrenzt, das heißt soviel wie die Abschaffung aller ernsthaften Mitbestimmung innerhalb der Strukturen. Die ehem. weitestgehend basisdemokratische Entscheidungsstruktur wurde völlig auf den Kopf gestellt, gewählte Dekane zu berufenen Studiengangsleitungen degradiert. Studierende haben kein Stimm-, sondern nurmehr ein Mitspracherecht. Das Letztentscheidungsrecht

liegt bei den Geschäftsführern. Interessant ist dies auch im Bezug zu den Studiengebühren, deren Einführung vom CHE stark befürwortet und vorangetrieben wurde. Studiengebühren, die an der kirchlichen Hochschule mal eben „Studienbeiträge“ genannt werden und zur Grundfinanzierung dienen. Nur, dass die Studierenden als Drittgrößter Finanzierungsträger keinerlei Mitentscheidungsrecht besitzen. Jede Aktiengesellschaft ist demokratischer. Wohin uns das ganze führt, wird langsam ersichtlich. Nachdem die Studierenden 2 mal erfolgreich die Gremienbesetzung boykottiert haben, fehlt ihre Meinung. Nachdem Hochschulkonferenzen nicht mehr fachbereichs- sondern gesamtlehrbezogen arbeiten, fehlt der Raum einzelnen Studiengänge konkret weiter zu entwickeln. Die „top-down“ Befugnisse führen dazu, dass man für jeden kleinen Beleg die Unterschrift der Hochschulleitung braucht, was Entscheidungswege um ein vielfaches verlängert, den Ablauf verzögert und den Frust unter den Mitarbeitenden und Studierenden verstärkt. Die berufenen Studiengangsleitungen (welche aus Hauptamtlichen ProfessorInnen bestehen) sitzen wöchentlich in unzähligen Gremien und haben weniger Zeit für ihre Studierenden. Langfristiges Planen scheint nicht mehr möglich. Das ist so einfach nicht mehr hinnehmbar! Schließen wir uns beim Bundesweiten Bildungsstreik vom 15.-19. Juni 2009 zusammen! Für wahre wissenschaftliche Autonomie ohne Einfluss von Wirtschaftsinteressen! Für eine wahre und somit demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen! Für wahre Bildung statt der „Ware“ Bildung!

Heike, AStA KFH Freiburg



# STUDIENGEBÜHREN... AN DER UNI FREIBURG

## VERBESSERUNG DER LEHRE OHNE NEBENWIRKUNGEN? WOHL KAUM...

Der eine oder andere hat in seiner Fakultätsbibliothek in den Büchern vielleicht schon den Aufkleber gesehen: „Bezahlt aus Studiengebühren“. Was aber macht die Universität Freiburg insgesamt mit den Studiengebühren?

Ungefähr 20 000 Studierende, das müsste bei 1000 Euro pro Studierenden jährliche Mehreinnahmen von 20 Millionen Euro bedeuten, so der erste Gedanke. Der leider schonmal falsch ist. Von den 20 Millionen gehen erstmal die Befreiungen ab, zum Beispiel durch Beurlaubungen. Dann fallen auch noch Verwaltungskosten an. Was übrig bleibt, sind ungefähr noch 14 Millionen. Nachdem noch weitere Gelder für die Investitionsrunde abgezogen werden, bleiben etwa 12,5 Millionen, die ursprünglich zu 30 % den gesamtuniversitären Maßnahmen, zu 70 % aber den Fakultäten zugeschlagen wurden.

Da es jetzt Studiengebühren gibt, müssen viele Sachen wie Tutorate, Exkursionen, Lehraufträge und mehr nicht mehr aus anderen Mitteln bezahlt werden. Was dann erstmal übrigbleibt, sind weniger als die Hälfte des ursprünglichen Betrages. Trotzdem noch eine Summe, mit der sich die eine oder andere sinnvolle Ausgabe noch finanzieren lassen könnte. Wer aber entscheidet jetzt, welche Ausgaben der Lehre zu Gute kommt?

Auf gesamtuniversitärer Ebene gibt es den so genannten Zwölferrat, in welchem von jeder Fakultät ein Studierender sitzt und noch zusätzlich ein Vertreter des AstA. Dieser Zwölferrat berät sich mit Personen von Rektorat und Universitätsverwaltung über die Vorschläge zur Studiengebührenverwendung. So zunächst die Formalia. Denn eine Mitentscheidung steht den studentischen Mitgliedern bei der Verwendung nicht zu und ob die Vorschläge und Kritik der

Studierenden aufgenommen werden, hängt letztendlich vom Goodwill des Rektorates ab.

Neben der Tatsache, dass der Zwölferrat formal gesehen sowieso nicht entscheiden kann, werden seine Möglichkeiten noch dadurch eingegrenzt, dass viele Maßnahmen vom Rektorat als „unabwendbar“ deklariert werden. Unabwendbar sind sie meistens wiederum deswegen, weil die bisherige Finanzierung von vielen Einrichtungen nicht gesichert war und nun durch Studiengebühren aufgefangen werden musste. Über viele Jahre wurden Zentren wie das Zentrum für Schlüsselqualifikationen, das Career Center und weitere aus Landesmitteln bezahlt. Diese „Anschubfinanzierungen“ liefen gleichzeitig im Sommersemester 2007 aus. Zufall? Wohl kaum.

Eine weitere Sache ist, dass Studiengebühren auch veruntreut werden. Ein besonders drastischer Fall, bei dem nicht nur Studierende Kritik äußerten, war die Umschichtung in Höhe von etwa 500 000 Euro aus Studiengebühren in Haushaltsmittel. Die Begründung war, dass die Finanzlage der Universität keine andere Möglichkeiten zuließe. Seltsam nur, dass die Universität in diesem Jahr einen Haushaltsüberschuss von 900 000 Euro erwirtschaftete.

Von den „70%“ Fakultätsmitteln sind übrigens ca. ein sechstel zentrale Mittel, die aber „den Fakultäten zugute kommen“. Dieser Teil wurde aber leider erst kürzlich drastisch gekürzt, nämlich als die sogenannte Geschwisterregelung eingeführt wurde - und zwar ohne jegliche Gegenfinanzierung vom Land. Durch diese Befreiungsregelung (wer zwei oder mehr Geschwister hat, ist befreit) fehlen der Uni ungefähr 5 Millionen Euro Studiengebühren. Da die Gebühren leider nicht nur

„on top“ in Verbesserungen fließen, während die Grundfinanzierung vom Land gesichert gewesen wäre, sondern essentielle Posten mit Studiengebühren finanziert werden (siehe oben), war das für die Uni Freiburg die einzige „Lösung“ um mit diesem Finanzloch umzugehen. Nun werden also de facto ca. 40% der Studiengebühren für Zentrale Aufgaben verwendet.

Für die Studierenden bleibt es ein Rätsel, warum im Universitätsrat und im Rektorat immer noch die Verbesserung der Lehre durch Studiengebühren heraufbeschworen wird und

warum sich die Hochschule freiwillig versucht in Exzellenzwettbewerben durchzuboxen. Warum bleibt die Hochschule nicht bei ihrem Ziel des Humboldtschen Bildungsideals und besteht darauf, für diese wichtige Errungenschaft auch angemessen finanziert zu werden? Warum opfert sie stattdessen alles, um möglichst effizient mit viel zu wenig Geld auszukommen und zwar auf Kosten der freien Bildung?

Jannis, u-asta



## DURCHGEFALLEN BEVOR ES ÜBERHAUPT LOS GEHT Die geplanten Studierfähigkeitstests sind teuer und überflüssig

Ab 2011 ist es soweit: In allen zulassungsbeschränkten Fächern an baden-württembergischen Hochschulen soll es Tests geben, um Intellekt oder wie es im Behördendeutsch heißt „die Studierfähigkeit“ von potentiellen Kommilitonen zu prüfen. So will es die Landesregierung. Dazu zählen neben schriftlichen Prüfungen auch Auswahlgespräche. Doch damit nicht genug: Auch in nicht zulassungsbeschränkten Fächern soll es so

genannte „Orientierungstests“ geben. Diese sind überflüssig, teuer, unsozial und ein riesiger bürokratischer Aufwand!

Durch die Tests sollen Studierende überlegter und informierter ihr Studienfach wählen. Laut Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) sollen sie die Qualität der Lehre sichern und vor allem sollen weniger Studenten ihr Studium abbrechen. Denn: Eine

Fehlentscheidung bei der Studienwahl kostet Geld und Lebenszeit. Einen Haken hat die Idee: Die Tests liefern keine bessere oder fairere Auswahl als die Abiturnote. An Hand der Noten in den Kernfächern und den jeweils fachbezogenen Fächern lässt sich bereits heute recht gut auf die „Studierfähigkeit“ junger Menschen schließen. Daher ist ein einheitliches, hohes Abiturniveau in ganz Deutschland sowie eine bessere Vernetzung zwischen Schulen und Hochschulen allemal wünschenswerter als Abiturientinnen und Abiturienten zu verschiedenen „Studierfähigkeitstest“ an die Hochschulen zu schicken. Denn diese kosten Zeit und Geld – sowohl für die Bewerber, als auch für die Hochschulen.

An den Hochschulen müsste für die Tests zusätzliches Personal eingestellt werden und die Bewerber müssten – entgegen aller Forderungen nach frühem Studium – durchs Lände ziehen, um sich auf Herz und Nieren prüfen zu lassen. Denn: Nur eine Bewerbung verringert nochmals die Chance auf den gewünschten Studienplatz und das, obwohl es in Deutschland viel zu wenige Akademikerinnen und Akademiker gibt. Die mit den Tests verbundenen Reise- und Übernachtungskosten trägt die sonst immer so hochgelobte „Elite von morgen“ selbstverständlich selbst. Der Gedanke an nur einen, bundesweiten Test, den man an der Uni seiner Heimatstadt machen könnte, ist im föderalen Bildungssystem leider unvorstellbar. Hinzu kommt die Gefahr, dass sich private Coachingangebote etablieren könnten, um die angehenden Studierenden optimal auf die Tests vorzubereiten. Gegen Geld – versteht sich. Doch es kommt noch schlimmer: Die Gebühr für die Tests könnte sich nach Angaben des Ministeriums auf etwa 50 Euro pro Bewerber belaufen, die dann, durch die Hochschulen gemäß §16 Absatz 3 des Landeshochschulgebührengesetzes, auf die Studierenden umgelegt werden könnten. Da frage ich mich schon, ob die Tests tatsächlich dazu beitragen Fehlentscheidungen bei der Studienwahl zu verhindern und begabte Bewerber zu filtern, oder ob sie nicht vielmehr arme Gesellschaftsschichten, die durch die Studiengebühren ja sowieso schon über Maß belastet sind, noch stärker vom Studium ausschließen werden.

Juso Hochschulgruppe



# SOZIALE UNRUHEN IN GRIECHENLAND

UNTER STARKEM PROTEST WERDEN IN GRIECHENLAND UNTER ANDEREM NEUWAHLEN GEFORDERT.

Die im Dezember 2008 ausgebrochene Sozialrevolte lenkte für einige Tage den Blick auf Griechenland: zu sehen waren vor allem wütende Jugendliche, die sich Straßenschlachten mit der Polizei lieferten. Tagelang kam es zu heftigsten Ausschreitungen in ganz Griechenland, öffentliche Gebäude (Schulen, Unis, Radiostationen, Bürgerämter usw.) wurden z.T. über Wochen hinweg besetzt, täglich gab es Volks- und Vollversammlungen. Bis zu den Weihnachtsferien wurden über 700 Schulen und Unis besetzt. Im diesem Jahr entschieden sich 2/3 der Universitäten zu erneuten Streiks.

Die Ermordung des 15-jährigen Alexis Grigoropoulos, die hunderttausende Menschen auf die Straßen brachte, um gegen Polizeirepression und das Versagen der korrupten, neoliberalen Regierung zu demonstrieren, war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Wut, die in jenen Tagen zum Ausbruch kam, begründet sich in den zum Teil katastrophalen Verhältnissen, denen die Menschen dort ausgesetzt sind:

So werden nur 3,8% (EU-Durchschnitt liegt bei 5,1%) für Bildung ausgegeben obwohl es in Griechenland eine überdurchschnittlich hohe Bildungsnachfrage gibt: über 90% der 18-Jährigen sind noch in das Bildungssystem eingebunden (Durchschnitt in EU-Länder: 77,4 %). Schulen und Unis sind chronisch unterfinanziert, was vor allem Lehrer- und Materialmangel bedeutet. Gerade für Schüler wird auf Grund der schlechten materiellen und personellen Ausstattung des Bildungssystems das Erreichen einer guten, allgemeinen Hochschulreife ohne Nachhilfeunterricht fast unmöglich. So findet die Selektion bereits in der Schule statt, da sich nur reichere Familien den Nachhilfeunterricht für ihre Kinder leisten können. Durch den Bologna-Prozess begleiten Leistungsdruck und Selektion die Jugendlichen auch nach der Schulzeit. Die Universität besuchen darf nur wer die zentrale Eingangsprü-

fung besteht, das sind in etwa 18 % der Prüflinge. Hinzu kommt, dass es keine Programme zur Unterstützung finanziell schlechter gestellter Studenten gibt.

Statt sich diesem Elend anzunehmen und der Verpflichtung gegenüber den jungen Menschen gerecht zu werden, schlug die Regierung 2006 die Zulassung gebührenpflichtiger Privatunis vor und war dafür sogar bereit die Verfassung zu ändern. Fakultätsbesetzungen und wöchentliche Großdemos konnten damals zwar die Abschaffung des Artikel 16, der freie Bildung und polizeifreie Räume garantiert und die Einführung privater Unis verbietet, verhindern. Die Regierung ließ sich dennoch nicht davon abhalten am 8. März 2007 die Lehrmittelfreiheit an den Universitäten abzuschaffen und dafür Studiengebühren, eine Höchststudienzeit sowie „Hochschulmanager“, die Institute und Studierende kontrollieren sollen, einzuführen. Außerdem wurde der Polizei das Betreten von Unigelände gestattet, was seit den Erfahrungen der Militärdiktatur einen Tabubruch darstellt. Bei der Abstimmung war nur die Regierungspartei anwesend, da sich der Rest des Parlamentes aus Protest aus dem Saal entfernte.

Beim griechenlandweiten Bildungsaktionstag am 09.01.2009 waren erneut zehntausende auf der Straße, ihre Forderungen: Rücktritt der Regierung, Entwaffnung der Polizei und eine Reform des maroden Bildungssystems. Erneut bekamen die Demonstranten in Athen und Thessaloniki zu spüren, was es bedeutet, wenn die die Polizei für „Recht und Ordnung“ sorgt: brutale Niederschlagung der Proteste, allein in Athen über 100 Festnahmen, darunter 16 AnwältInnen, die sich um die Festgenommenen kümmern wollten.

Bei den Demonstranten wächst indessen das Bewusstsein, darüber wie stark der Widerstand sein kann. Die Forderung nach Neuwahlen wird von großen Teilen der Bevölkerung getragen und da die Mehrheit der Regierungspartei eine hauchdünne ist (nur eine Stimme) ist dieses Ziel wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit.

Andrea



## REFORMEN UND PROTESTE IN ITALIEN

Das sogenannte „Legge Gelmini“ (benannt nach Mariastella Gelmini, die seit Mai 2008 Ministerin für Bildung, Hochschule und Forschung ist) löste 2008 in allen großen Städten Italiens Proteste und Streiks aus, die von Eltern, Schülern, Studenten und Gewerkschaften getragen waren. Studien der OECD belegen, dass das Bildungssystem Italiens erhebliche Mängel aufweist, obwohl nicht weniger Geld in Bildung gesteckt wird als in anderen Industriestaaten.; Lehrer sind unterbezahlt, die Lernmethoden veraltet und die Ausstattung mangelhaft. Reformen sind also dringend notwendig. Doch die Richtung, die von der Berlusconi-Regierung eingeschlagen wird, stößt zu Recht auf Empörung in der Bevölkerung und die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung verstärkt den Unmut darüber. Der Inhalt des „Legge Gelmini“, das Ende Oktober 2008 vom Senat (162 zu 134 Stimmen) verabschiedet wurde, betrifft vor allem Grundschulen und Universitäten:

So sollen an der Grundschule wieder Benimm-Noten und die Schuluniform eingeführt werden und die bisherige Regelung, dass verschiedene Lehrer die unterschiedlichen Fächer übernehmen, soll Personaleinsparungen in Form des „Maestro Unico“ weichen. Für die Grundschüler bedeutete das, dass sie der Willkür eines einzigen Lehrers ausgesetzt werden und auf Grund von schlechtem Benehmen sitzen bleiben können. Außerdem sollen über 4000 Schulen geschlossen werden, wovon vor allem Ganztagschulen betroffen wären. Dies hätte zur Folge, dass die Eltern sich entscheiden müssten, ob sie ihren Ganztagsjob aufgeben, ihre Kinder alleine daheim lassen oder auf eine (meist katholische) teure Privatschule schicken wollen. Die wohl dreisteste Änderung stellt die Forderung dar, ausländische Kinder in „Sonderklassen“ unterzubringen. Während diese Maßnahme als an Apartheid erinnernd kritisiert wird, wird sie von den Politikern der Regierungsparteien als „positive Diskriminierung“ zur besseren Integration umschrieben.

Für die Universitäten sollen die Ausgaben bis 2013 um 1,5 Milliarden Euro gekürzt werden und in Rente gegangene Professoren durch deutlich weniger Neueinstellungen ersetzt werden. Entscheidend ist auch die Erlaubnis Studiengebühren einzuführen (in Italien sind sie zum Teil viermal so hoch wie bei uns) und das beschlossene „Recht“ der Uni, sich von Stiftungen unterstützen zu lassen. Da es kaum einer Uni möglich sein wird sich auf Dauer rein staatlich zu finanzieren, wird die neoliberale Bildungspolitik der Regierung in Form von sich immer weiter ausbreitenden Studiengebühren und Stiftungsunterstützungen greifen und so ein immer stärker an die kapitalistische Verwertungslogik angepasstes Studium fördern, das für ärmere Teile der Bevölkerung unerschwinglich sein wird.

Andrea



Andrea



## BLICK AUF BARCELONA

Auch in Spanien gibt es eine Welle des Protestes der sich gegen den Bologna-Prozess richtet. Immer wieder gibt es Demonstrationen und Besetzungen, vor allem in Barcelona/Katalonien. Im Herbst vergangenen Jahres zogen zehntausende spanische Studierende unter dem Motto „Nein zu Bologna - nein zur Privatisierung“ auf die Straßen und besetzten Universitätsgebäude sogar über Weihnachten. Und auch in diesem Jahr gab es schon etliche Demonstrationen und (anschließende) Besetzungen. In Barcelona protestierten am 6. März 10 000 Studierende auf der Straße, sechs Tage später 12 000 und nachdem ein seit Weihnachten besetztes Uni-Gebäude am 18. März brutal geräumt wurde sogar 60 000 für eine andere Bildungspolitik und gegen Repression. Als vom 27.-29. März 2008 in Barcelona die Frühjahrskonferenz der „European University Association“ (EUA) stattfand, bei der 400 UnipräsidentInnen mit UnternehmensvertreterInnen über die Vorantreibung des Bologna-Prozesses diskutieren, wurde eine Gegenveranstaltung von den Studierenden der unterschiedlichen Unis organisiert. Auf dem „Forum

Social per la Universitat Pública“ (Sozialforum für die öffentliche Universität) wurde u.a. über die Rolle des Bologna-Prozesses bei der zunehmenden Kommerzialisierung des Universitätswesens und die mangelhafte studentische Mitbestimmung gesprochen. Was letzteres angeht, sind die Studenten in Barcelona in einer ähnlichen Situation wie wir in Deutschland: zwar gibt es studentische Vertreter in den Gremien, diese haben jedoch nur eine Minderheit der Sitze und keinerlei reale Veto- oder Gestaltungsmacht. Viele Entscheidungen werden zudem intransparent und an den Gremien vorbei getroffen. Schwierigkeiten bereitet auch, dass in es in Barcelona keine zentralen, mit eigenen Geldmitteln ausgestatteten Studierendenvertretungen gibt. Viele ProfessorInnen stehen auf der Seite der Studierenden, 200 von ihnen unterzeichneten eine Solidaritätserklärung.

Andrea

## KRITIK AN BOLOGNA

Rund drei Jahre nach Einführung des Bachelor/Master-Systems häufen sich Anzeichen von Überforderung und Stress bei Bachelorstudenten. Auch die Gefahr sozialer Selektion durch den erhöhten Druck auf Werkstudenten wird von verschiedenen Beratungsstellen und Universitätspsychologen kritisiert. Von zahlreichen Beteiligten wie den Studentenorganisationen werden in der Regel nicht die Ziele des Bologna-Prozesses, sondern die Art der Umsetzung durch die Hochschulen kritisiert. Insbesondere detaillierte Umstrukturierungsmaßnahmen der Universitäten werden oftmals als durch den Bologna-Prozess vorgegeben begründet, obwohl dieser nur grobe

Rahmenvorgaben macht.

So wird an manchen Universitäten der Lehrstoff eines 4-jährigen Magister-Abschlusses in einen 3-jährigen Bachelor komprimiert, was zu Arbeitsüberlastung und Frust führt. Auch im Bereich der Theologie wird der Bologna-Prozess stark kritisiert: Insbesondere die Modularisierung des Studiums wird von vielen Studierenden abgelehnt. Der Theologe Marius Reiser hat inzwischen aus Protest gegen den Bologna-Prozess seine Professur an der Universität Mainz niedergelegt. Konkret zu nennen sind unter anderem folgende Punkte:

- der Prozess demokratisch ungenügend legitimiert ist, da an seiner Ausarbeitung und Durchführung hauptsächlich exekutive Organe der einzelnen Nationalstaaten beteiligt sind, während die legislativen Organe nicht oder erst nach vollendeten Tatsachen dazu beraten konnten.
- der auf drei Jahre verkürzte Bachelor-Studiengang zu einem geringeren Qualifikationsniveau und zu einem weniger praktischen und berufsqualifizierenden Abschluss führt (z.B. durch den Wegfall von Praxissemestern und Auslandsaufenthalten).
- den Studierenden durch die gestraffte Ausbildungsform und die zumeist vorgegebenen Lehrinhalte die Möglichkeit genommen wird, eigene Interessenschwerpunkte herauszuarbeiten und sich wissenschaftlich experimentell einzubringen.
- innerhalb des Prozesses das Studium zu stark auf rein wirtschaftliche und berufsbezogene Kriterien reduziert werde. Statt der „Bildung“ (Humboldtsches Bildungsideal) steht nur noch die Arbeitsmarktqualifikation und die Interessen des Marktes im Vordergrund.
- die zur erfolgreichen Umsetzungen notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt würden und dadurch Bologna, statt die Hochschulen zu entlasten, vielmehr auf Kosten anderer, notwendiger Reformen ausgeführt werden.
- die Versprechungen der Deklaration (insbesondere von Mobilität) nur für einen sehr kleinen Teil der Studierenden eingelöst würden.
- die sozialen Auswirkungen der Reformen, insbesondere auf die Chancengleichheit der verschiedenen sozialen Gruppen und die Gleichstellung von Frau und Mann, zu wenig berücksichtigt würden und der Prozess die Situation verschlechtere.

Jannis, u-asta - Quelle: Wikipedia

## DER „BOLOGNA-PROZESS“ IM ÜBERBLICK

Das Konzept zu einer EU-weiten Studienreform wurde am 19. Juni 1999 in Bologna (Italien) von 30 europäischen Ländern unterzeichnet. Bis heute sind es insgesamt 47 Bologna-Mitgliedsstaaten. Alle diese Länder haben die Erklärung in der Hoffnung unterzeichnet, einen „gemeinsamen Hochschulraum“ entstehen zu lassen.

Alle Mitgliedsstaaten sollen bis 2010 einheitliche Hochschulabschlüsse einführen. Die sogenannten Bachelor- und Masterstudiengänge sollen die Abschlüsse europaweit vergleichbar machen und die Dauer der einzelnen Studiengänge verkürzen. So soll der internationale Wettbewerb gestärkt werden und eine höhere Mobilität von Wissen und Know-how erreicht werden. Damit einher geht die Einführung des ECTS-Bewertungssystems. Studiengänge sollen durch das Modulsystem klar strukturiert werden. Zudem sollen die Absolventinnen und Absolventen möglichst nah an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgebildet werden, sodass der direkte Einstieg in die Berufswelt nahtlos möglich ist.

Sowohl große Studentenorganisationen und Verbände wie auch Verantwortliche der Hochschulen üben teilweise heftige Kritik am Bologna-Prozess. Diese reicht von der Kritik an einzelnen Umsetzungsproblemen bis zur gänzlichen Ablehnung des Prozesses.

> weiterlesen: Kritik an Bologna

## SITUATION IN FRANKREICH

Auch die Hochschullandschaft in Frankreich ist von den Bologna-Reformen betroffen. Es gibt drei verschiedene neue Abschlüsse, sie heißen Licence, Master und Doktorat. Abgesehen davon gibt es vor allem neue wirtschaftsliberale Tendenzen an den Hochschulen. Eine zunehmende „Autonomisierung“ der Hochschulen wird von der französischen Regierung gefördert. Das heißt zum Beispiel, die Hochschulen erhalten „freie Hand“ über die Erhebung von Gebühren für ihre Studenten. In nicht unwesentlichem Maße sind auch die Lehrbeauftragten, Dozenten und Professoren von den drastischen Reformen betroffen. Die Hochschulleitungen werden dazu autorisiert und damit alleingelassen, ihre Finanzen, die Personalstruktur und die Verwaltungsstruktur eigenständig zu übernehmen. Vor allem von Seiten der Dozierenden wird befürchtet, dass zum einen Stellen abgebaut werden und zum anderen die Unterrichtsstunden der Lehrenden erhöht werden, sodass sich ihre Forschungskapazitäten drastisch verringern. Die direkten Auswirkungen auf die Ausbildung der Studierenden in Frankreich werden mit ebenso großer Besorgnis betrachtet. Gelehrt und gelernt wird in Zukunft nur noch das, was die finanzielle Lage der Hochschulen möglich macht. Gezielte Einflussnahme der Wirtschaft auf die Lehrinhalte ist so möglich. Ein individuelles Lernen und Lehren wird nicht nur zum luxuriösen Gut, sondern verschwindet zunehmend, so die Klagen der betroffenen Dozierenden. Seit Februar diesen Jahres toben immer wieder heftige Proteste in ganz Frankreich. Die Dozierenden rufen zu Hochschulblockaden auf, gestalten alternative Unterrichtseinheiten an öffentlichen Plätzen für die partizipierenden Studierenden und es entfallen zahlreiche Lehrveranstaltungen. Ist dies die Geburt des angestrebten „attraktiven europäischen Hochschulraumes“?

Inna, AStA EH

## UNSERE STUDIERENDENVERTRETUNGEN SIND MUNDTOT

ENDE DER 1970ER-JAHRE SCHAFFTE DIE DAMALIGE LANDESREGIERUNG VON BADEN-WÜRTTEMBERG DIE VERFASSTE STUDIERENDENSCHAFT, ALSO DIE DEMOKRATISCHE VERTRETUNG DER STUDIERENDEN, AB. DER DAMALIGE MINISTERPRÄSIDENT UND EHEMALIGE NS-MARINERICHTER HANS FILBINGER WOLLTE MIT DIESEM SCHRITT „DEN SYMPATHISANTENSUMPF DES TERRORISMUS AUSTROCKNEN“, DEN ER AN DEN HOCHSCHULEN VERMUTETE.

Der seither gesetzlich vorgesehene „Allgemeine Studierendenausschuss“ (AStA) darf sich nicht mehr (hochschul-)politisch äußern, besitzt kein eigenes Geld mehr und muss jede einzelne Entscheidung vom Rektorat genehmigen lassen. Anders als in vierzehn anderen Bundesländern ist er auf einen Unterausschuss des Senats reduziert und damit ist der Rektor, als Vorsitzender des Senats, der Chef der Studierendenvertretung. Der AStA darf sich nur noch mit musischen, sportlichen, kulturellen und eingeschränkt mit sozialen Fragen beschäftigen und ist so faktisch handlungsunfähig. Zu Themen der Hochschulpolitik, wie beispielsweise der Bachelor/Master-Umstellung, BAföG oder Studiengebühren, darf er sich nicht äußern und kann daher seiner Funktion als Interessenvertretung der Studierenden nicht gerecht werden. Es wird deshalb auch vom „mundtoten“ AStA gesprochen.

Die damaligen Begründungen für ein Verbot der Verfassten

Studierendenschaft entbehren heute mehr denn je jeglicher Grundlage. Andere Bundesländer, in denen die Verfasste Studierendenschaft in den 1970er Jahren ebenfalls abgeschafft wurde, haben sie seit Jahren wieder eingeführt.

In der 6. Novelle der Hochschulrahmengesetzes (worin auch Studiengebühren deutschlandweit verboten wurden) waren Verfasste Studierendenschaften in allen Bundesländern verpflichtend vorgeschrieben. Nachdem die Novelle am 26. Januar 2005 für ungültig erklärt wurde, ist auch dieser Punkt wieder offen. Inzwischen fordern sogar mehrere Hochschulen in Baden-Württemberg die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, darunter auch die Uni Freiburg.

Umtatsächlich die Aufgaben einer Studierendenvertretung wahrnehmen zu können, werden in Baden-Württemberg an vielen Hochschulen – so auch in Freiburg – unabhängige Studierendenschaften gegründet. Die unabhängigen Studierendenvertretungen versuchen die Nachteile des Verbots einer Verfassten Studierendenschaft auszugleichen, allerdings unterliegen auch sie einigen Beschränkungen:

- Die Hochschulleitung kann sie offiziell nicht als Studierendenvertretung anerkennen.
- Sie verfügen über keine eigenen Mittel, sondern finanzieren sich durch Spenden und ehrenamtliche Mitarbeit.
- Eine Verfasste Studierendenschaft wäre offizielle Ansprechpartnerin für die Hochschule, die Stadt und das Land. Sie kann die

Meinungsbildung der Studierenden unterstützen und eine effektivere Vertretung der studentischen Interessen gegenüber Hochschule, Gesetzgeber und Gesellschaft gewährleisten.

- Schließlich sind alle unabhängigen Modelle von vorne herein lediglich als Übergangsmodelle bis zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft ausgelegt.

Das Verbot der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg ist ein nicht hinnehmbarer skandalöser Zustand. Es kann nicht sein, dass die Studierendenvertretung per Gesetz klein gehalten wird, und zu wichtigen Themen

selbst mit ihren eingeschränkten Möglichkeiten nicht arbeiten darf! Wir fordern,

dass eine Verfasste Studierendenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie wieder im Hochschulgesetz verankert wird.

Jannis, u-asta





FORTSETZUNG VON SEITE 1

## ELTERN UNTERSTÜTZEN BS 09

Fünf Milliarden Euro staatliche Mittel werden ausgegeben, um neun Jahre alte funktionstüchtige Autos zu verschrotten, aber unseren Kindern werden weiter jahrzehnte alte abgewrackte Schulgebäude und trostlose Schulhöfe zugemutet. Lediglich für die energetische Sanierung von Schulen, nicht aber für die Verbesserung der Lernbedingungen, gibt es im Konjunkturpaket II Geld.

Wir fordern, dass unsere Steuergelder für die Zukunft unserer Kinder investiert werden.

WIR BEGRÜßEN DIE INITIATIVE „BUNDESWEITER BILDUNGSSTREIK 15. – 19. JUNI 2009“, STELLEN UNS AUSDRÜCKLICH HINTER ALLE FORDERUNGEN DES ZENTRALEN STREIKAUFRUFS UND FORDERN ERGÄNZEND BZW. KONKRETISIEREND:

- Ganztagschulen als Regelschulen und massiver Ausbau des an den Bedürfnissen der SchülerInnen orientierten kreativen, handwerklichen, sportlichen und musischen Bereichs.
- Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems – gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule bis zum zehnten Schuljahr
- Reduzierung der Klassenstärken auf maximal 20 SchülerInnen
- 120% Lehrerversorgung an allen Schulen
- Pädagogische Aus- und ständige Weiterbildung für alle LehrerInnen
- Einsatz von ErzieherInnen, FreizeitpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen an allen Schulen
- Kostenloses, professionell zubereitetes qualitativ gutes Essen an allen Schulen
- Ausreichend qualitativ gute Ausbildungsplätze und garantierte Übernahme in den erlernten Beruf
- Weg mit Zulassungsbeschränkungen an den Unis. Abschaffung der Studiengebühren und elternunabhängiges Bafög für alle.

Die Grundlagen für eine gute Bildung müssen bereits in den Kindertagesstätten geschaffen werden. Doch zu wenig Plätze, ungenügende Ausstattung der Einrichtungen und personelle Unterbesetzung sind denkbar schlechte Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung. Die Absenkung der ohnehin zu niedrigen Löhne der ErzieherInnen im Jahr 2005 bei gleichzeitig steigenden Anforderungen hat zu

einem ErzieherInnenmangel geführt. Die Beschäftigten im Bildungswesen, angefangen von den ErzieherInnen, über LehrerInnen, Dozenten bis hin zu den Hausmeistern und anderen Beschäftigten, sind wie unsere Kinder, Opfer der Unterfinanzierung und des auf Selektion ausgerichteten Bildungssystems. Verbesserungen im Bildungswesen müssen deshalb auch die Arbeitsbedingungen und die Löhne vieler Berufsgruppen verbessern. Die Ziele des Bildungsstreiks sind auch im Interesse der Beschäftigten.

Wir fordern deshalb alle in Bildungseinrichtungen Tätigen auf, sich mit dem Bildungsstreik zu solidarisieren, keine Repressalien gegen streikende SchülerInnen und Studierende zu verhängen und gemeinsam während der Arbeits-, bzw. Schul- und Vorlesungszeit am 17. Juni mit auf die Straße zu gehen. Und vor allem: Wir fordern alle Eltern auf, ihre Kinder zur Teilnahme am Bildungsstreik zu ermutigen, sich schützend hinter sie zu stellen und wenn möglich selbst an den Demonstrationen teilzunehmen.

Ursel Beck, Stuttgart



## LÄNGER GEMEINSAM LERNEN!

TRENNUNG NACH DER 4. KLASSE? ES GEHT AUCH ANDERS...

10 Schülerinnen strömen zur Pause aus dem Musikraum auf den Gang, alle reden durcheinander und lachen noch darüber, wie ihre ersten BeatBox Versuche im Musikunterricht größtenteils fehlschlügen. Ein Weilchen quatschen sie noch zusammen, dann gehen sie in verschiedene Richtungen davon.

In der 9. und 10. Klasse war das mein Musikprofilkurs. Das besondere an uns war nicht nur die geringe Größe des Kurses, sondern vor allem, dass manche von uns aus dem Gymnasium kamen und andere aus der Realschule. Wie ist das möglich? Nun ich gehe auf die Staudinger Gesamtschule. Da werden einige Wahlfächer wie Musik oder Mensch und Umwelt für Realschüler und Gymnasiasten gemeinsam unterrichtet. Und warum auch nicht? Für uns fünf gymnasiale Schüler wäre niemals ein vierstündiger Musikkurs zustande gekom-

men. Leider wird auch bei uns nach der Trennung in Schularten nicht einmal Sport weiterhin zusammen unterrichtet. Die zweistündigen Kurse in Musik und Kunst könnte man doch auch zusammenlegen und warum sollte man nicht auch die Hauptschüler dazu nehmen? Anstatt aber über die Umsetzung solcher Vorschläge nachzudenken, ist unsere Schule damit beschäftigt das gemeinsame Lernen verschiedener Schularten weiter einzuschränken. Und warum? Weil die Landespolitik sich nach wie vor gegen Gesamtschulen sträubt und mit der Einführung von G8 den Gymnasiasten ein Tempo aufgezwungen hat, dass man den Realschülern kaum zumuten will.

Bei uns entscheidet sich mit 12 Jahren, Ende der 6. Klasse, welchen Schulabschluss ein Kind machen wird. Das ist zwar etwas später als an normalen Schulen, wo dies sogar schon nach der 4. Klasse geschieht, aber immer noch zu früh, wenn man bedenkt, was diese Entscheidung für den Rest des Lebens bedeutet. Ist sie einmal gefallen, so ist es so gut wie unmöglich die Schulart „unterwegs“ noch einmal zu wechseln. Allein die unterschiedlichen Fächer machen die Durchlässigkeit zu nichte. Ich denke, dass sich daran schnell etwas ändern muss, deshalb gehe ich am 17. Juni auf die Straße und demonstriere für ein besseres Bildungssystem. Ich bestehe nicht auf einer Einheitsschule für alle, aber macht es den Kindern wenigstens möglich, sich für eine Gesamtschule zu entscheiden, die noch wirklich eine Gesamtschule ist!

Vera, Schülerin an der Staudinger Gesamtschule

## SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER UNTERSTÜTZEN BILDUNGSSTREIK

Letztes Jahr am 20. November demonstrierten bundesweit über 100.000 Schüler in mehr als 40 Städten für ihr Recht auf Bildung. Die SchülerInnen haben damit von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht, um die unhaltbaren Zustände an deutschen Schulen vor Ort zu kritisieren und um ihrem Ärger Luft zu machen. Vom 15.-19. Juni wird eine bundesweite Aktionswoche gegen Bildungsabbau stattfinden, die von Schülern und Studierenden getragen wird. Wir möchten hiermit einen Anstoß geben, auch in Freiburg in dieser Aktionswoche etwas auf die Beine zu stellen:

Gründe für Proteste gegen dieses Bildungssystem gibt es mehr als genügend: Wir können nicht mehr länger zu schauen, wie unsere Zukunft verbaut wird, denn Bildung ist ein Grundrecht, sie entscheidet über unser weiteres Leben. Tagtäglich müssen wir uns an den Schulen in überfüllten Klassenräumen mit bis zu 35 Schülern drängeln während uns die Decken der maroden Schulgebäude auf die

Köpfe zu fallen drohen und immer mehr Unterrichtsstunden aufgrund von Lehrermangel ausfallen. Leider ist der Zugang zu Bildung immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängig, wie die Pisastudie zeigt: Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, sowie Kinder mit Migrationshintergrund haben eine viel geringere Chance einen Hochschulabschluss zu erreichen, geschweige denn ein Studium abzuschließen, als Kinder von reichen Eltern. Für Kinder, deren Eltern auf Hartz IV angewiesen sind, sind nur bis zur 10. Klasse 100 Euro im Jahr staatliche Unterstützung für Schulhefte, Stifte etc. vorgesehen. Abitur wird somit für sie zu einem unbezahlbaren Luxus. Durch die Schulzeitverkürzung des Gymnasiums auf 8 Jahre wird den SchülerInnen ein Lernjahr genommen. Ihnen bleibt keine Zeit mehr sich in ihrer Freizeit in Vereinen zu beschäftigen, Sport zu betreiben oder mit Freunden etwas zu unternehmen. Der Leistungs- und Notendruck wird weiter erhöht. Nach nur vier Jahren Grund-

schule wird über die Zukunft der SchülerInnen entschieden: Die Selektion in Gymnasium, Haupt- und Realschule hat nicht die Aufgabe alle SchülerInnen bestmöglich zu fördern, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft. Diese hat kein Interesse daran, dass alle SchülerInnen möglichst viel lernen, sondern ist nur an einer kleinen, gut gebildeten Elite interessiert, die den weniger Gebildeten später sagt, wo es langgeht. Das öffentliche Schulsystem wird in die Abhängigkeit von privaten Geldgebern getrieben. In immer mehr Bundesländern wird die sogenannte „Schulautonomie“ eingeführt, d.h. dass die Schulen ihr Budget jetzt selbst verwalten können. Dieses reicht allerdings vorne und hinten nicht aus und so müssen sich die Schulen um private Geldgeber bemühen und machen sich somit von diesen abhängig. Mehr noch: Private Geldgeber investieren nicht aus Nächstenliebe in Schulen, sondern verfolgen dabei ökonomische Interessen. Das hat zur Folge, dass lieber ein finanziell rela-

tiv gut ausgestattetes Gymnasium unterstützt wird als eine Hauptschule in einem Brennpunktstadteil. Auch nach der Schule setzt sich die Selektion fort: Durch die Einführung der Studiengebühren wird vielen SchülerInnen aus ärmeren Verhältnissen, die Chance auf ein Studium verwehrt.

All diese Missstände werden uns täglich zugemutet und Forderungen nach mehr Geld für Bildung werden mit dem Argument, dass der Staat kein Geld hätte, abgetan. Gleichzeitig aber wird der Rüstungsetat um mehrere Milliarden aufgestockt und es werden hunderte von Milliarden ohne lange zu zögern in marode Banken und Konzerne gepumpt um diese vor der selbst verschuldeten Insolvenz zu bewahren. Deshalb beteiligen wir uns aktiv an der Aktionswoche um zu zeigen, dass wir uns die Missstände des Bildungssystems nicht länger bieten lassen!

SDAJ Freiburg

# MILLIARDEN FÜR BANKEN - SPAREN IN DER BILDUNG

IN GANZ EUROPA KOMMT DIE WIRTSCHAFTSKRISE AN DEN HOCHSCHULEN AN.

„Vostra crisi non la pagheremo noi“ – Wir zahlen eure Krise nicht. Unter diesem Slogan gingen im Herbst des vergangenen Jahres hunderttausende italienische SchülerInnen und Studierende auf die Straße. Der Grund: Die Entlassung von 133.000 Lehrkräften und Kürzungen von 6,4 Milliarden

Euro im italienischen Bildungssystem aufgrund „leerer Kassen“ - während die Berlusconi-Regierung gleichzeitig Milliarden zur Bankenrettung ausgibt.

Was als reiner Bildungsprotest begann, entwickelte sich zu einer breiten Protestbewegung: Am 30. Oktober protestierten über eine Million Menschen gegen die Politik ihrer Regierung. Streiks erschütterten das Land, Unis und Schulen waren

tagelang besetzt.

Italien ist kein Einzelfall: Derzeit haben in ganz Europa Studierende und SchülerInnen mit den Vorhaben ihrer Regierungen zu kämpfen, die Krisenlasten nun auch auf das Bildungssystem abzuwälzen. In Griechenland gingen Studierende und Beschäftigte gemeinsam während eines Generalstreiks auf die Straße und skandierten: „Die Kapitalisten sollen für die Krise zahlen.“

Auch in Deutschland hat die Krise mittlerweile die Hochschulen erreicht. Nachdem Merkel auf dem Bildungsgipfel 2008 noch Mehrausgaben versprochen, kündigte Finanzminister Steinbrück nun an, alle angekündigten Bildungsinvestitionen unter „Haushaltsvorbehalt“ zu stellen. Die Prioritäten sind damit klar gesetzt, der schlichte Plan für das weitere „Krisenmanagement“ scheint deutlich: Die Milliarden, die zur Bankenrettung verschleudert wurden, sollen nun über Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich wieder reingeholt werden. Damit zahlen Studierende, SchülerInnen und Beschäftigte für die Krise der Banker und Bosse.

Für das Bildungssystem wird die Wirtschaftskrise damit zu einer echten Gefahr. Schon heute beherrscht

eine rigorose Profitlogik die Hochschulen. Was keine „Drittmittel“ einbringt, also für die Wirtschaft uninteressant ist, wird gekürzt. Gleichzeitig soll die Ausbildung neuer Arbeitskräfte möglichst schnell und vor allem billig erfolgen. Das Resultat: Unprofitable Lehrstühle werden geschlossen, dazu Bachelor-Stress und überfüllte Hörsäle.

Die Krise droht nun diesen Prozess zu beschleunigen:

Weitere Kürzungen können auf uns zukommen, sofern wir uns nicht wehren. Dazu wird es höchste Zeit!

In Italien und Griechenland gelang es den Studierenden mit ihrem Slogan „Wir zahlen eure Krise nicht!“ breite Teile der Bevölkerung mit einzubinden. Die Nachricht ist klar: Die Krise betrifft Beschäftigte, SchülerInnen und Studierende gleichermaßen und auch der Kampf gegen ihre Folgen ist am stärksten, wenn er gemeinsam geführt wird.

Auch in Deutschland gibt es bereits Gegenwehr. Am 28. März gingen Zehntausende in Frankfurt und Berlin unter dem Motto „Wir zahlen eure Krise nicht“ auf die Straße um gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung zu protestieren. Mitte Mai protestierten über 100.000 Leute in Berlin gegen die Abwälzung der Krisenlast auf die Bevölkerung.

Die Studierendenbewegung sollte an diese Proteste anknüpfen. Der Bundesweite Bildungstreik vom 15. – 19. Juni bietet hier eine Möglichkeit um gemeinsam zu rufen:

**GELD FÜR BILDUNG STATT FÜR BANKEN!**

Nico, Die Linke.SDS Freiburg



## STREIKEN FÜR EIN GERECHTES BILDUNGSSYSTEM

Seit der ersten Pisa-Studie aus dem Jahr 2000 gibt es immer wieder Erhebungen, die bestätigen: Das deutsche Schulsystem ist nicht nur schlecht, es ist auch sozial ungerecht. Das dreigliedrige Bildungswesen wird weder den Bedürfnissen der Schüler noch der Gesellschaft gerecht. Fast 45 % der Hauptschüler kommt aus der untersten sozialen Schicht, nur etwa 7% aus der obersten. Chancengleichheit sieht anders aus! Damit wird nicht nur eine Klassenspaltung wiedergespiegelt, sondern auch noch weiter zementiert.

Bereits mit 10 Jahren werden die Schüler so für den Arbeitsmarkt „sortiert“. Wer die Schule mit einem Hauptschulabschluss oder sogar ganz ohne verlässt hat kaum noch Chancen auf ihm und endet oft in der Arbeitslosigkeit. Aber auch nach der ersten Selektion, in der 4. Klasse, geht das so weiter. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums verschärft die Situation noch weiter. Immer Wissen soll den Schülern in immer kürzerer Zeit eingetrichtert werden. Neben erhöhten Stundenzahlen und zunehmendem Leistungsdruck, führt das auch zu einem niedrigerem Bildungsniveau. Viel mehr Schüler als früher sind gezwungen Nachhilfeunterricht zu nehmen um in der Schule zu bestehen. Doch der ist teuer, und wer sich das nicht leisten kann, hat wieder einmal Pech gehabt.

Diese Reformen sind jedoch nicht vom Himmel gefallen oder einfach nur von unfähigen Politikern geschaffen worden, sondern dienen den Interessen eines ungerechten Wirtschaftssystems, das kein Interesse daran hat möglichst allen eine Chance zu geben, sie mitzunehmen und best möglich zu bilden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise lässt befürchten, dass sich die Entwicklung noch verschärfen wird. Längst fällige Schulsanierungen, die besonders hier in Freiburg von Nöten wären, könnten verschoben werden, weniger Lehrer eingestellt und Mittel generell gekürzt werden. Im Oktober 2008, versuchte die Regierung von Silvio Berlusconi genau das in Italien durchzusetzen umso die SchülerInnen und Studierenden die Krise bezahlen zu lassen. Diese konnten jedoch mit groß angelegten Protesten diese „Reformen“ verhindern und in Zusammenarbeit mit vielen gesellschaftlichen Gruppen, wie Eltern, Lehren, Angestellten und Arbeitern aufzeigen, dass sie ein Bildungssystem wollen, das sich nicht in erster Linie an den Profitinteressen der Wirtschaft, sondern an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir sollten uns ein Beispiel daran nehmen und im Rahmen des Bildungstreiks vom 15. bis 19. Juni und darüber hinaus auf die Straße gehen, für eine bessere und gerechtere Bildung.

Tom und Kilian, Linksjugend Freiburg

### IMPRESSUM

Bildungstreik 2009 Freiburg wird herausgegeben vom Freiburger Bildungstreikbündnis.

Redaktion: u-asta Uni Freiburg, Belfortstr. 24, 79095 Freiburg, info@u-asta.de

Layout: Jannis - Druckfertigmachen: Jerome - Karikaturen: Marie

Auflage: Einmalig 5.000 Exemplare im Juni 2009

Mehr Info unter [www.bildungstreik2009-freiburg.de](http://www.bildungstreik2009-freiburg.de)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Bildungstreikbündnis wieder. Fehler sind nicht ausgeschlossen.

## FREIE BILDUNG, ABER WIE?

Ein Grund für viele am 17. Juni zu demonstrieren statt im Klassenzimmer und im Hörsaal zu sitzen, ist die wachsende Einflussnahme großer Konzerne auf den Bereich Bildung, insbesondere an den Universitäten. Die Praxisnähe solcher Kooperationen ist unbedingt zu begrüßen. Dennoch gibt das den Konzernen kein Recht, Einfluss auf die Lehrinhalte zu nehmen. Im Hochschulrat der Uni Köln sitzen z.B. Richard Pott vom Bayer-Vorstand und Hermann-Josef Lamberti vom Vorstand der Deutschen Bank. So wird der Zugriff auf die Forschung gesichert und die Lehrinhalte auf die Erfüllung der Profitinteressen ausgerichtet. Kritische Forschung, sei es die Forschung zu Gefahren des Mobilfunks oder günstiger Behandlungsmethoden wird von der Finanzierung ausgeklammert. Mit der Initiative SchuleWirtschaft betreibt der Bund der deutschen Arbeitgeberverbände eine ähnliche Einflussnahme auf die Schulen. Das zielt insbesondere auf die Vermittlung von mehr betriebswirtschaftlichem Wissen.

Wie aber soll die kapitalistische Logik aus Schulen und Unis verbannt werden? Wer soll denn dann die Lehre bestimmen? Der Staat? Ist nicht die kapitalistische Logik Grundprinzip dieses Staates? Sind nicht die Vertreter der Konzerne eng verknüpft mit den Politikern der bürgerlichen Parteien? Ja sind sie nicht in den meisten Fällen Politiker und Konzernvertreter in einem? Friedrich Engels antwortete darauf schon vor über 130 Jahren: „Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine we-

sentliche kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ Es hat sich seitdem viel geändert daran, wie produziert wird, aber es hat sich nichts an den Grundprinzipien des Kapitalismus geändert: Die Monopole haben sich den Staat vollkommen untergeordnet und machen ihn zu ihrem Dienstleister, um mehr und wachsenden Profit zu machen. Dieser Staat wird niemals eine Bildung in unser aller Interesse zulassen. Eine Bildung, die den arbeitenden Menschen zugute kommt; eine Bildung, die den Erhalt und die sorgsame Nutzung unserer natürlichen Umwelt zum Zweck hat; eine Bildung, die zur Anwendung der modernen Technik aufruft um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, statt Millionen Menschen hungern zu lassen, um profitabel Nahrungsmittel verkaufen zu können. Solch eine Bildung wird es erst im Sozialismus geben, wenn den Konzernherren die Macht entrissen wurde. Darum brauchen wir eine wissenschaftliche Debatte um den Sozialismus. Lest das Kommunistische Manifest! Es ist heute brandaktuell. Es beschreibt nicht nur, warum es im Kapitalismus immer wieder zu Krisen kommt, es hat auch eine Antwort darauf, die Krisen abzuschaffen.

Jugendverband REBELL



# REPRESSION GEGEN BILDUNGSAKTIVIST/INNEN

Repression. Repression heißt Unterdrückung der Entfaltungsmöglichkeiten (z.B. des Rechts auf freie Meinungsäußerung)- durch Einschränkung, Kontrolle und Überwachung. Ein Thema, das alle betrifft, die gegen die herrschenden Zustände auf die Straße gehen und somit auch diejenigen die sich für ein anderes Bildungssystem einsetzen.

Der im Juni anstehende Bildungsstreik soll bundesweit durchgeführt werden. Er wird von vielen verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen getragen und wird hoffentlich ganz viele unterschiedliche Aktionsformen mit sich bringen. Das macht denjenigen, die das „Bestehende“ beibehalten wollen Angst. Diese Angst drückt sich dann in verschiedenen Überwachungs- und Disziplinierungstechniken aus. So ganz aktuell zu sehen in Berlin. Hier erlebt der Bildungsstreik 2009 derzeit seine erste harte Repressionswelle.

## ERSTE REPRESSIONEN GEGEN BILDUNGSSTREIK

Angeblich um die Durchführung einer unangemeldeten Versammlung zu unterbinden, stürmte und belagerte eine Hundertschaft der Berliner Polizei am 17.5.2009 ein Café in Kreuzberg. Hintergrund der Polizeiaktion war ein geplantes Presse- und Diskussionsgespräch mit internationalen Bildungsaktivist\_innen im Vorfeld des Streiks. Die anwesenden Referent\_innen (Studierende aus Spanien), Gäste und Journalist\_innen wurden über Stunden und ohne Beachtung ihrer Rechte in Gewahrsam genommen. Dem anwesenden Journalisten wurde jedwede Dokumentation der Geschehnisse untersagt. Der Kontrollwahn ist also schon soweit voran geschritten, dass eine politische Diskussion im Café bei der zuständigen Behörde angemeldet werden soll. In Spanien haben die Proteste gegen die Bolognaform eine völlig andere Dynamik als hierzulande. Es scheint der Wunsch vorhanden zu sein jeden Austausch mit den spanischen Aktivist\_innen unter Strafe zu stellen. Der Funke könnte ja überspringen... schön wäre es.

Die Kriminalisierung von Bildungsaktivist\_innen ist in Berlin schon jetzt besonders heftig. Zu Beginn des Jahres hing die Polizei Fahndungsplakate mit 37 „Verdächtigen“ in Berliner Schulen und Behörden auf. Darauf werden die abgebildeten Personen pauschal u.a. des „schweren Landfriedensbruch, Hausfriedensbruchs“ oder auch der „Körperverletzung“ verdächtigt. Die Personen hatten am bundesweiten Schulstreik am 12. November 2008 (bei dem während der Erstürmung der Humboldt Universität leider auch eine jüdische Ausstellung zu Schaden gekommen ist) teilgenommen.

Diese Form der öffentlichen Hetze und der pauschalen Vorverurteilung soll verhindern, dass der auch unter Schülerinnen und Schülern immer grö-

ßer werdende Unmut, zu massiven Protesten führt. Die Hoffnung der politisch Verantwortlichen und der Polizei ist wohl, dass die meist jugendlichen Aktivist\_innen sich einschüchtern lassen und in Zukunft ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nicht mehr aktiv wahrnehmen.

**KRIMINALISIERUNGSVERSUCHE IN FREIBURG**  
Solche Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche gibt es leider auch bei uns in Freiburg. So wurden bei einer großen Demonstration für freie Bildung und freie Meinungsäußerung am 26.1 dieses Jahres 6 Personen festgenommen, denen vorgeworfen wird, sich an einer Straßenblockade beteiligt zu haben.

Da von der Blockade keinerlei Aggressivität ausging, war das Vorgehen der Einsatzkräfte, die die Demonstrierenden mit Schlägen und Tritten traktierten und eine Frau an den Haaren aus der Menge zog völlig überzogen und zeugt vom Wunsch jeden Protest im Keim erstickten zu wollen. Drei der sechs Festgenommenen mussten sich auf dem Revier sogar nackt ausziehen und wurden erkennungsdienstlich behandelt. Dieses von der Polizei erst geleugnete dann doch zugegebene Vorgehen soll die Betroffenen davon abhalten, in Zukunft ihr Recht auf freie Meinungsäußerung aktiv wahrzunehmen und andere abschrecken sich an Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Teilweise sind solche Aktionen wie die Blockade von Straßen aber leider unabdingbar um den Herrschenden klar zu machen, wie ernst wir es mit unseren Protest meinen. Hessen ist bisher das einzige Bundesland in dem Studiengebühren erst eingeführt, dann aber wieder abgeschafft wurden. Ohne den Druck von zahlreichen Demonstrationen, aber auch von Blockaden unter anderem von Autobahnen wäre es wohl nicht zu diesem Erfolg gekommen. Ohne die vielfältigen Aktionen, bei-

denen auch geltende Regeln überschritten wurden, wäre die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren wahrscheinlich nicht einer der ersten Aktionen der parlamentarischen Mehrheit im Hessischen Landtag gewesen.

Auf solch wirkungsvollen Protest wird von staatlicher Seite fast immer mit Repressionen geantwortet. Darauf muss besonnen reagiert werden. Lassen wir uns einschüchtern hätte die Strategie der Repressionsorgane Erfolg gehabt. Es ist wichtig, dass wir uns nicht in gute und böse Demonstrierende spalten lassen. Gelingt dies würden unsere Inhalte in den Hintergrund treten und der Protest als ganzes geschwächt werden.

## ÖRTLICHE RECHTSHILFESTRUKTUREN

Wurde man selber festgenommen, hat einen Platzverweis, oder eine Anzeige erhalten ist es ratsam mit Vertrauten (auf keinen Fall mit der Polizei) über mögliche Ängste und Folgen zu reden. Ist man alleine, so lassen sich die Folgen staatlicher Repression kaum verdauen. Um Betroffene zu unterstützen gibt es Antirepressionsnetzwerke. In Freiburg wendet ihr euch am besten an die örtliche rote Hilfe Gruppe, die während Demonstrationen auch den sogenannten EA (Ermittlungsausschuss) macht. Dieser kümmert sich z.B. darum, dass Festgenommene möglichst schnell wieder freigelassen werden, betreut Betroffene auch psychisch, gibt Rechtshilfe-Tipps und vermittelt wenn notwendig Kontakte zu AnwältInnen. In Freiburg ist der EA normalerweise unter 0761/4097251 erreichbar. Lasst euch nicht einschüchtern, seid solidarisch mit von Repression Betroffenen und geht weiterhin für ein anderes, sozial gerechteres, Bildungssystem auf die Straße.

*Referat für Politik- und Meinungsfreiheit des  
UStA der PH Freiburg*



**Bildung ist mehr als  
ein Wirtschaftsfaktor!**

**LINKS**

[www.pm-buendnis.de](http://www.pm-buendnis.de)  
Bündnis für Politik- und  
Meinungsfreiheit

[www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)  
Aktionsbündnis gegen  
Studiengebühren (ABS)

[www.bdwi.de](http://www.bdwi.de)  
Bund demokratischer  
WissenschaftlerInnen

[www.bildungsstreik2009.de](http://www.bildungsstreik2009.de)  
Bundesweite Seite für den  
Bildungsstreik 2009

[www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

[www.bildungsstreik2009-freiburg.de](http://www.bildungsstreik2009-freiburg.de)